

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
 Bezugspreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.  
 Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Gummer  
 Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rößlestraße 16.  
 Fernsprecher: Nr. 8800. — Postkassenkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr  
 für die sechsgepaltene Kolonelleiste oder deren Raum 50 Mark.  
 Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

## Zum Festtag der Millionen

Der Mai ist da. Alle Räder stehn.  
 Brüder, laßt rot die Banner wehn!  
 Brüder, kommt mit, die Arbeit marschieret:  
 Es werden unsere Kräfte heute ausprobiert.



Tausendfach dröhnt unser schwerer Schritt,  
 Und sturmfrohe Falken fliegen mit.  
 Die Arbeit marschieret! Arbeit sei frei!  
 Völker der Erde, herbei! herbei!

Wir können das Alte morgen zerfälagen,  
 Wenn geeint wir den letzten Sturm lauf wagen.  
 Die Menschheit will vorwärts, Neues will sein —  
 Völker der Erde, kommt alle in unsern Bund hinein!

Mag Doriu.

So ist's. Alle Maientage sind Kampftage der Arbeiterschaft gewesen; aber noch keiner in so ausgesprochenem Maße wie dieser, der drei- und dreißigste. Denn noch kein Erster Mai hat einen so weltweiten Kampf zwischen Kapital und Arbeit erlebt, noch keiner ein Ausbeutertum von solcher Habgier und Anmaßung gesehen, noch keiner so viele Hunderttausende von Arbeitern gehabt, die lange Wochen mit dem Unternehmertum in schwerer Fehde liegen.

Vom Jahre 1890 an feiert das aufgeklärte, weiterbildende Proletariat den Ersten Mai. In diesen Jahrzehnten hat es Jahr für Jahr den Gedanken des Ersten Mai gefeiert, seine Forderungen verkündet, die Einführung des Achtstundentags, Verbesserung des Arbeiterschutzes, Beseitigung des Militarismus und Unterbindung der Kriegsgefahr verlangt. Eine kleine Schar nur war es anfänglich, die es wagte, doch wenigstens diesen einen Tag frei zu sein, um für das Wohl der Arbeiterklasse und der Menschheit zu werben. Diese kleine Schar achtete nicht der Widerstände, spottete der Gefahren, nahm die Opfer auf sich, die ein autokratisches Unternehmertum mit seinen Polizeitreuen auferlegte. Der Proletarier, der dem Ruf des Ersten Mai folgte, sich in Feiertagskleider warf, die rote Nelke ins Knopfloch steckte und in dem Hausen der malleiernden Genossen mitmarschierte, wußte, daß er einer Sache diene, die viel zu hehr war, als daß die Opfer gezählt werden durften.

Aus dem opfertwilligen, kampffrohen Häuflein der ersten Jahre wurde allgemach eine millionenstarke Armee. Der Gedanke des Ersten Mai griff weiter, seine Forderungen wurden immer vielstimmiger und lauter verkündet. Aber doch noch nicht vielstimmig, doch nicht nachdrücklich genug. Ansonsten es unmöglich gewesen wäre, die Menschheit einmal mehr einer gräßlichen Blutkur zu unterwerfen. Die Mehrzahl der Menschen wollte die Sprache des Ersten Mai noch nicht hören, sie regte keine Hand, seine Forderungen zu verwirklichen; sie hörte lieber den Schrei der Rebanché, lieber die scheußliche Mär von Waffentaten und Heldenruhm und schien ihre Hände nur zu haben, um Waffentaten zu ermöglichen und Säbelschleifern Lorbeer zu winden. Für ihr Tun und Unterlassen ist sie im Weltkrieg bestraft worden; sie wird weiter zu büßen haben, wenn sie den Ruf des Ersten Mai weiter überhören, nichts mehr für die Verwirklichung seiner Forderungen tun sollte.

Wie richtig das war und ist, wird durch nichts eindringlicher dargetan, als durch den weltweiten Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, dessen Zeugen wir jetzt sind; wird durch nichts besser betwiesen, als durch das Vorhandensein von Hunderttausenden von Ausgesperrten und Streikenden in Amerika und England als auch in Deutschland und Skandinavien. Allüberall Fortsetzung des Krieges, wenn auch mit anderen Mitteln, im Grunde jedoch zu dem einzigen Zweck, Beute zu machen.

Der kapitalistischen Habgier wurde im Kriege die Arbeiterschaft strupellos geopfert, ihr wird sie auch jetzt im Frieden geopfert; diese Opferung wird so lange weitergehen, als sich die Geopferten nicht entschließen, die Kapitalistenklasse zu opfern.

Die Opferung der kapitalistischen Gesellschaft ist unerlässlich, soll der Urquell der Kriegs- und der Friedensqual nicht weiter sprudeln. In der Tat. Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, wodurch die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft wie die Anhäufung von Profit ermöglicht wird. Dieser treibt zur Unterjochung des arbeitenden Volkes, zur Jagd nach neuen Absatzgebieten und nach Herrschaft über fremde Völker. Der Drang, der imperialistische, heißt Kriegsschiffe bauen und Kasernen füllen, heißt die Waffen gegen wettbewerbbende Kapitalistenklassen und Völker gebrauchen. Solange also das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, ist die Möglichkeit, andere Menschen auszubeuten, gegeben, kann Profit aufgespeichert, wird nach Absatzgebieten und Beherrschung von Völkern und Arbeitern gesucht, der Militarismus gepflegt und Krieg mit allen seinen Schrecken geführt werden, solange wird die Arbeiterklasse im großen ganzen hilflos

zwischen der Szylla der Lohnkürzung und der Charybdis der Teuerung elngestellt sein.

Damit ist gewiß nichts neues gesagt. Von Maientag zu Maientag ist die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums als das einzig wirksame Erlösungsmittel gepriesen worden. Für die Mehrzahl der Leidtragenden umsonst. Sie ließ es beim Klagen, Sehnen und Hoffen betenden. Anstatt selbst die allein rettende Tat zu wagen, schaute sie aus nach einem Mammut von Kraft, Weisheit und Uneigennützigkeit, der das Hellstwert für sie vollbringe; nach einem Messias, der die Unterdrückten und Drangsalterten aus der Wüste in das Kanaan führe, allwo Milch und Honig fließet. Dieser Anlauf, die Tat selbst zu wagen, ist das ungemilderte Weiterbestehen des Urquells des namenlosen Leids zu verdanken. Freilich auch dem Unvermögen, die Vorbedingung zum Gelingen der Tat zu erfüllen.

Diese Vorbedingung ist nichts anderes als die Einheitslichkeit im Denken, Wollen und Tun der Leidtragenden. Daran gebrach es bislang in starkem Maße. Die deutsche Arbeiterklasse weiß noch von den Nobembertagen her, welsch ungeheure Machtfülle aus dieser Einheitslichkeit quillt. Über das monarchische System war sie eines Sinnes. Einheitslich wollte sie das fluchbeladene Regime des Obrigkeitstaates mit seinen gekrönten und uniformierten Stützen auf den Schutthaufen der Geschichte werfen. Dem einheitlichen Willen blühte über Nacht der Erfolg. Noch mehr. Vor der einheitlich gerichteten Arbeiterklasse verlor die Bourgeoisie ihren Herrdünkel, betrochen sich die Nutznießer der Ausbeutung, von Gewissensnöten getrieben, in Keller und ländliche Einöden oder bettelten um Schutz beim Proletariat. Erst als sie sahen, daß der Riese Proletariat in seiner Gutmütigkeit gar nicht daran dachte, nach dem Bibelwort: Auge um Auge, Zahn um Zahn, zu handeln, kamen sie aus ihren Winkeln hervor; erst als der Riese, anstatt sich ungefümt an die Vollendung seiner geschichtlichen Mission zu machen, sich an die Vollendung der ihm Macht und Erfolg verbürgenden Einigkeit machte, fand die Bourgeoisie den alten Herrdünkel, die Anmaßung, die Unterdrückungslust wieder.

Die Einigkeit ist für das Proletariat die Mutter aller Macht und Siege. Doch diese Segensquelle hat es sich noch immer nicht vollständig zu sichern gewußt. Noch immer ist es durch Meinungsverschiedenheiten, Parteilichkeiten und Landesgrenzen getrennt. Dieser Mißlichkeit verdankt der Feind sein Leben, seinen Einfluß. Die Trennungslinien sind nun freilich, aber in viel zu langsamem Verschwinden begriffen. An der bölligen Beseitigung hilft auch der Gegner auf der ganzen Linie wacker mit. Die Rücksichtslosigkeit, womit das Unternehmertum die Arbeiter auspreßt, aussperrt, unterdrückt, ist in allen Ländern gleich schamlos; in der Betätigung des Herrdünkels geben die Metallindustriellen in England und Deutschland, in Amerika und Dänemark einander nichts nach. Aus einer solchen Gleichartigkeit des Drucks und der Ausbeutung muß bei den Gedrückten und Ausgebeuteten eine Gleichartigkeit der Gefühle, Gedanken und Strebungen sprießen und bei ihnen der Drang nach Uebersteigerung der geistigen und sonstigen Trennungslinien allgemein unauffaltfam werden. Zu der ungetrollten Hilfe von außen hat sich die bewußte Tat von innen zu fügen, soll das Wert der proletarischen Einigung und damit das Wert der proletarischen Erlösung endlich gelingen.

Der Weltfeiertag der Arbeit ist an sich schon der vorzüglichste Werber der proletarischen Einigung. Denn an diesem Tag werden auf dem ganzen Erdenrund die Proletarier von gleichartigen Gefühlen und Gedanken zusammengeführt. Der millionenfältige Gleichklang des Herzschlages und der Gester an diesem Feiertag muß den Wunsch nach brüderlichem Zusammenwirken am Werktag stärken; muß den Drang nach bölliger Vereinigung aller Kräfte untwiderstehlich machen, ohne welche der Urquell des Leides der Menschheit und der Arbeiterklasse nicht zu verstopfen ist.

Von diesem Wunsche befeelt, von diesem Drange bewegt, laßt ihn uns feiern, den dreiunddreißigsten Maientag!



# Otto Hue †

Ein arbeitsreiches Leben hat seinen Abschluß gefunden. Otto Hue, der deutsche Bergarbeiterführer, ist nach kurzem Krankenlager einer schweren Lungenerkrankung erlegen. Die Trauerfeier wurde am 19. April die Lande und löste überall tiefste Trauer aus. Schon die Kunde von seiner Erkrankung an Lungenerkrankung ließ seinen Freunden das Schlimmste ahnen.

Otto Hue stand den Metallarbeitern wie den Bergarbeitern gleich nahe. Sein Beruf "Kohle und Eisen", welches er auf dem Betriebsratkongreß in Leipzig den Metallarbeiterbetriebsräten hielt, offenbarte seine ganze Größe. Kohle und Eisen war sein Gebiet, auf ihm hat er als einfacher Arbeiter begonnen und es zum führenden Sachkenner in Bergarbeiterfragen national und international gebracht. Wie er in Leipzig zu uns sprach, kein Zirkeln seiner Worte, kein Schönfärbeln seiner Sätze, einfach und schlicht, seine Rede getragen von tiefer Sachkenntnis, voll von Wärme und Verständnis für die Änte des Proletariats und starkem Willen, dem arbeitenden, lebenden deutschen Volk Stütze und Helfer zu sein, dann wußten wir alle, Otto Hue ist mehr als Wortführer unserer Zeit, mehr als der übliche Gewerkschaftsführer. Er war ein Volks- und Arbeiterführer, der in den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung wirkte, mit der Bewegung und den Organisationen wuchs und in seiner Person die Organisation verkörperte. Sein Lob ist für den Bergarbeiterverband im besonderen und die gesamte Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung schlechthin ein unerlöschlicher Verlust.

Otto Hue war ein frommer Mensch mit reinem, starkem Charakter. Schon seine Gestalt verriet den Industrie- und Bergarbeiter. Von Natur stark gebaut, prägte schon in verhältnismäßig jungen Jahren Arbeit, Sorge und Verantwortung seine Züge. Er hat auch nur ein Alter von 54 Jahren erreicht. Hue war ein Mann der Tat. Nie hat er sich um Stimmungen des Tages gekümmert. Was er für Recht befand, führte er aus. Gebot ihm sein Gewissen, in schwierigen Lagen eine Entscheidung zu fällen, dann vertrat er sie auch bis zum äußersten, selbst auf die Gefahr hin, bei den eigenen Freunden in Ungnade zu fallen. In all seinen Entscheidungen kam ihm stets seine tiefe Sachkenntnis, die er sich in mühevoller Arbeit und strenger Selbstdisziplin erworben hatte, zu Hülfe. Sein klarer Blick, sein wahrer Charakter ließen ihn rechtzeitig begangene Irrwege erkennen und führten ihn auf den rechten Weg zurück. Als die Eisenerzfrage der Sieger im Waffenstillstand Deutschland vollends wirtschaftlich zu Boden schmeißte, stellte Hue notwendige alle prinzipiellen Bedenken zur Seite und arbeitete gemeinsam mit den Bergbauern und den staatlichen Behörden am Zustandekommen des Abkommens, um überhaupt die Erfüllung der Kohlenlieferung an den Feindbund zu ermöglichen. Dadurch hatte er sich viele Feinde zugezogen. Hue hat aber die Grundforderungen des Proletariats dabei nicht aus dem Auge verloren. Er war in der Sozialisationskommission tätig und vertrat den Standpunkt der Vollsozialisierung des Bergbaus. Wohl moß sein sachkundiger Rat viel, er war aber nicht hart genug, um wenigstens seine eigenen Parteigenossen für das Programm der Sozialisierung des Bergbaus zu verpflichten. Für diese Kulturfrage ist der Verlust Otto Hues unerlöschlich.

In den schwersten Schicksalszeiten des deutschen Volkes hat Otto Hue für das Vaterland seinen Mann gestanden. In allen Konferenzen hat er als Sachverständiger teilgenommen. Seine Ausführungen in Epoche waren die siegesgewollten Helden unserer Feinde nicht erweichen, aber seine schlichten Worte erreichten, daß die Forderung und das Vertrauen zu den Deutschen, welches wir durch das schreckliche Gebaren unserer alldeutschen Kriegshelden verloren, wieder stieg. Zur Geneser Konferenz war er ebenfalls geladen, für uns zu wirken war ihm nicht mehr vergönnt. Er trat seine Reise in die Ewigkeit an.

Im langsamem Aufstieg hat der Lebensweg Otto Hues von der Mitgliedschaft eines einfachen Arbeiterbundes bis in die verantwortungsvolle Stellung eines Mannes von internationaler Autorität für Bergarbeiterfragen geführt. Er wurde am 2. November 1888 in Görbe (Westfalen) geboren, erlernte das Schlosserhandwerk und arbeitete bei verschiedenen rheinisch-westfälischen Berg- und Hüttenwerken, u. a. auch bei Krupp. Als Handwerkslehrling kam er durch alle Stufen Deutschlands; als Mitglied eines evangelischen Junglingsvereins vernahm er zum ersten Mal, von welchen Fragen die Arbeiterfrage in ihrer Tiefe durchdringt war, und sehr bald war sein Lebensschicksal nun entschieden er schloß sich dem freigewerkschaftlichen Metallarbeiter-Verband an, ging von da zum Verband der Berg- und Hüttenarbeiter über und leitete dessen Organ, die "Berg- und Hüttenarbeiterzeitung" (1904-1905). Bald war er einer der besten Kenner bergbaulicher Fragen und des Bergarbeiterstandes. Im Reichstag war er in diesen Dingen Wortführer seiner Fraktion, auf den internationalen Bergarbeiterkongressen übertrug man ihm die wichtigsten Referate. Sein zweibändiges Werk "Die Bergarbeiter" ist die beste Geschichte der Arbeiterverhältnisse im Bergbau, die bisher existiert. Seine lange Abgeordnetentätigkeit im Reichstag, seine einjährige Arbeit im preussischen Handelsministerium, seine wichtige Stellung im Reichstagsrat und Reichstag für die hohe Einschätzung, die man der Sachkenntnis Otto Hues entgegenbrachte.

Kiesbecken stehen wir an der Bahre Otto Hues. Ein Mann, gleich ausgezeichnet durch hervorragende Geistesgaben und eine enorme Arbeitskraft, wie durch die Kontinuität und Geduld seines Charakters, nach unbegreiflicher Willenskraft, wie durch Kapazitätsgewalt, Opfertum und Güte ist uns entrissen worden. Seine Lebensarbeit war den in den dunklen Schächten der Erde arbeitenden Gewerken gewidmet, in ihnen Fragen und er weiterleben.

Das Banner ist seinen Händen entrissen, lassen wir es auf und tragen wir es fernerhin davon zu neuen Kämpfen, neuen Siegen, so geben wir aus besten unserer großen Lohne.

# Die Streifflage in Süddeutschland

Revers.

Sich habe versucht, an dem und dem Tage die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde aber von dem und dem Streikposten daran gehindert.

Weiter versuchte ich an dem und dem Tage die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde aber von dem und dem Streikposten daran gehindert.

Weiter wollte ich die Arbeit an dem und dem Tage aufnehmen, wurde aber von dem und dem Streikposten gehindert.

Ort und Datum. Unterschrift.

Für die Charakterisierung solcher metallindustrieller Gesinnungstiefe verlag die Sprache. Die edle Firma bietet den Arbeitern den ihnen zuziehenden Lohn, heißt dafür aber, daß sie zum Zubehören an ihren Arbeitskollegen werden. Süddeutsche Unternehmerrhetik, nicht mehr jenseitigfähig! Wie die Latein, so die Werkschöpfung.

Die süddeutschen Metallindustriellen waren, wie zahlreiche milde und schriftliche Neuerungen erkennen lassen, bis jetzt der festen Meinung, den Arbeitern sei die Arbeitszeitverlängerung gefügt und sie seien nur durch die Führerschaft in den Kampf gelockt worden; sie meinten ferner, sie brauchten bloß mit einigen Maßregeln zu wintern und die Leute würden im Sturmschritt zurück in die Geleise laufen, schließlich glaubten sie, nach Ostern werde der Streik auf der ganzen Linie zusammenbrechen. In dieser Weise von Irrtümern oder Fehlschlüssen kann man mag eine Erklärung für die Unnachgiebigkeit der Industriellen in Heidelberg sehen. Daß sie die Sachlage falsch beurteilten, wird ihnen nun wohl die Abstimmung klargemacht haben.

Die süddeutschen Metallarbeiter wissen, daß wenn sie sich die 46-jährige Arbeitszeit rauben lassen, ihnen auch bald der Achtstundentag geraubt sein wird. Die Metallindustriellen erklären zwar: "Jeder Angriff auf den Achtstundentag liegt uns vollständig fern." Wer will einer Sippe glauben, die eine Erbschuld betätigt, wie sie weiter oben durch ein Beispiel gekennzeichnet wurde? Niemand wird ihr glauben, die Metallarbeiter, die sie aus nächster Berührung kennt, bestimmt nicht.

Die süddeutschen Metallarbeiter sind, wie die Abstimmung aufs neue bestätigt, fast einhellig fest entschlossen, den ihnen aufgezwungenen Kampf für die Erhaltung ihrer bisherigen Arbeitszeit auszutragen. Sie tun das um ihrer selbst, um ihrer Kollegen im Reich und um der Genossen der anderen Berufe willen. Eine Pflichterfüllung ist der andere wert. Die süddeutschen Metallarbeiter betätigen durch diesen Kampf ihre Solidarität der gesamten Arbeiterklasse gegenüber. Daß diese auch ihre Solidarität in gegenseitiger Weise gegen die süddeutschen Metallarbeiter zu betätigen hat, wird keines Betätigung bedürfen.

## Nominal- und Reallohn

Die Deutsche Bergarbeiterzeitung faßelt in der letzten Zeit viel über Gewinnbeteiligung und Leistungssteigerung, dabei ihre Kopfschütteln über die herausfordernde Absicht: Die Forderung des Tages: Keine Lohnherabsetzung ohne Mehrleistung. Da dieses Schlagwort Gemeingut des Unternehmertums ist, mit dem es jede nach seiner Auffassung "unberechtigte" Forderung der Arbeiterschaft bekämpft, verlohnt es sich, doch einmal nachzuprüfen, ob es heute überhaupt noch Lohnherabsetzungen im eigentlichen Sinne des Wortes gibt.

Die kapitalistischen Klopffechter übersehen ganz die Wandlung des Lohnverhältnisses durch den verheerenden Niedergang der Mark. Es wird von ihnen nicht beachtet, daß die eine Lohnverbesserung fordernden Arbeiter und Beamten bei jeder Inflation tatsächlich schlechter bezahlt werden als vorher. Denn jede Vermehrung der Notenausgabe macht sich geltend in erhöhten Marktpreisen, wodurch sich der Reallohn vermindert, d. h. die Kaufkraft des Geldes zurückgeht, ohne daß eine Kürzung des Nominallohns eintritt.

Aus der bei uns ständig fortjochreitenden Inflation und dem stetig hinterher hinführenden Nominallohn resultiert doch die von allen Lohn- und Gehaltsempfängern empfundene Lohnverminderung bezüglich der Kaufkraft des Lohnes. Darum auch der nur zu verständliche Ruf nach der gleitenden Lohnskala. Dieser Ruf ist weiter nichts als das berechtigte Verlangen nach einer den Warenpreisen angepaßten automatischen Lohnregelung.

Was an der gleitenden Lohnskala interessiert und was sie leisten soll, ist die Sicherstellung des Reallohns. Dieser hat sich unter den Lasten des Friedensvertrages und dem Dumping (Schleuderpreise) für die deutsche Arbeiterschaft so verschlechtert, daß er bei jeder Inflation schwindet wie der Schnee unter der Sonne. Das Verlangen nach einer Fixierung des Reallohns läßt sich aber nicht befriedigen, indem man irgendeinen feststehenden Prozentsatz der Berechnung des Levensindex zugrunde legt. Die Erreichung des Existenzminimums ist Aufgabe der Gewerkschaften und Sache der gewerkschaftlichen Kämpfe.

Der festzustellende Lohn (Nominallohn) muß der Geldbewertung gegenübergestellt werden, die sich in den örtlichen Leverageserscheinungen (Kleinhandelspreise) geltend macht. Die Aufgabe der örtlichen Inflationkommission, zusammengesetzt aus Vertretern der städtischen Behörde, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wäre es, zu untersuchen, wie sich bei den jeweilig zur Verhandlung stehenden Gruppen der Arbeitnehmer der Nominallohn in Reallohn, die Banknote in Ware verwandelt.

Der Reallohn ist tatsächlich bedeutend gesunken und daher ist eine Erhöhung des Nominallohnes durchaus gerechtfertigt. Wie angesichts dieser Tatsache noch von Mehrlohnforderung der Arbeiterschaft und damit verbundener Mehrzahlung der Unternehmer geschrieben und gesprochen werden kann, bleibt das Geheimnis der Unternehmer und ihrer Blätter.

Am 12. und 13. L. fanden in Heidelberg unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns Verhandlungen zwischen der süddeutschen Gruppe des Verbandes deutscher Metallindustrieller und dem Metallarbeiter-Verband statt. Das (erfolgreiche) Ergebnis konnten wir noch kurz im Leitartikel unserer letzten Nummer (16) andeuten. Wenn die zweiseitigen Verhandlungen trotz redlichen Bemühens des Regierungsvertreters und Entgegenkommens der Arbeitervertreter zu keiner Einigung führten, so ist daran einzig und allein die Unternehmerrhetik schuld, die hartnäckig auf der Verlängerung der Arbeitszeit auf 48 Stunden, also auf Annahme des metallindustriellen Diktats durch die Arbeiterschaft beharrte.

Der Minister Dr. Brauns versuchte im Interesse des Friedens und der deutschen Wirtschaft einen Mittelweg zu finden. Er schlug vor, die regelmäßige Wochenarbeitszeit auf 47 Stunden festzusetzen, daneben sollte sich die Arbeiterschaft bereit erklären, im Bedarfsfälle eine weitere Stunde als Überstunde zu leisten. Hier ist zu bemerken, daß sich die Arbeiter noch nie gewweigert haben, Überstunden zu leisten, wenn ihnen die Dringlichkeit dargelegt wurde. Die Arbeitervertreter erklärten sich bereit, den ministeriellen Vorschlag als Verhandlungsgrundlage anzunehmen. Nicht so die Industriellen, die lediglich die Lohnfrage zum Gegenstand der Verhandlung gemacht wissen wollten. Im weiteren Verlauf der Aussprache zeigten sie sich indes zu "Entgegenkommen" in der Arbeitszeitfrage bereit: sie wollten sich bis zum 1. Juni mit der 47stündigen Arbeitszeit begnügen, wenn von da ab 48 Stunden regelmäßig gearbeitet werde. Dieses Entgegenkommen mit den metallindustriellen Zugeständnissen in der Lohn- und Ferienfrage sollten die Gewerkschaften ihren beteiligten Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreiten.

Die Zugeständnisse seien der Vollständigkeit halber kurz angeführt. Für Bayern wurde ausgedrückt: Die im Schiedsspruch vom 3./4. März 1922 festgesetzten Lohnhöchungen werden ab 20. Februar gewährt. Die Verhandlungen über das bayerische Kollektivabkommen beginnen sofort. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit werden weitere Lohnhöchungen gewährt im Betrage von 12 1/2 % der jetzigen Sätze, die im Schiedsspruch vom 3./4. März festgesetzt sind. Für Württemberg wurde ausgedrückt: Mit Eröffnung der Betriebe wird außer den Sätzen des Schiedsspruchs vom 24. Februar eine weitere Zulage gewährt, über deren Höhe ein Angebot mit 3,50 M die Stunde für den mehr als 25jährigen Arbeiter gemacht wird. Die Regelung der geforderten Urlaubsbestimmungen soll entsprechend der Fassung des neuen Heidelberger Abkommens erfolgen. Für Baden wurde ausgedrückt: Die Grundlage der Verfügbildung bildet der am 28. März in Karlsruhe gefällte Schiedsspruch. Die Bestimmungen des bisherigen Lohnvertrages werden aufrecht erhalten und nur hinsichtlich des Urlaubs die für die Arbeiter günstigeren Zugeständnisse für das neue Heidelberger Abkommen eingeführt.

Die Metallindustriellen tun sich auf diese ihre Zugeständnisse viel zugute. Wie immer man sie bewerten mag, einen Ausgleich für die Leuzung bilden sie bei weitem nicht. Die Metallindustriellen sind freundlich genug, an der Anschlagssäulen und in den Tageszeitungen den Streikenden eine Mißmachungsrechnung darüber aufzumachen, was sie die Stunde, den Tag, die Woche, den Monat gewinnen, wenn sie die Zugeständnisse — mit der Arbeitszeitverlängerung, versteht sich — annehmen. Im Schluß dieses Sonntags kommt gar metallindustrielles Mitgefühl für die Streikenden und ihre Familien zum Ausdruck, und zwar so:

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Wir können nicht glauben, daß die Arbeiterschaft sich der wirtschaftlichen Notwendigkeit der 48-Stundenwoche verschließt. Die Arbeiter müssen deshalb ihren Führern durch die Abstimmung neue Richtlinien geben, um ihnen die Beendigung des Streiks zu ermöglichen.

Entscheidet sich, ob es nicht... geradezu sinnlos wäre, weiterzukämpfen... Vergleichen die obigen Zahlen mit der kümmerlichen Streikunterstützung und laßt Euch nicht von Leuten beeinflussen, die zwar große Worte machen, aber jeden Wirklichkeitsinn und jeden Sinn für die praktischen Möglichkeiten verloren haben.

Arbeiter, entscheidet sich! Die Arbeiter haben am 20. selbst entschieden. Die Arbeiter müssen deshalb ihren Führern durch die Abstimmung neue Richtlinien geben! Das ist nun gleichfalls geschehen. Ueber das Wie gibt das zahlenmäßige Ergebnis der Urabstimmung in Württemberg, Wamheim und Bayern Anhaltspunkte. Es haben für die Einführung der 48-Stundenwoche und den übrigen Zugeständnissen der Unternehmer:

105 883 oder 96,2 v. H. mit Nein und 331 oder 3,8 v. H. mit Ja gestimmt.

Ein anderes Ergebnis zu erwarten, bedarf die Stimmung der Streikenden über das Angebot der Unternehmer. Und wenn man in Betracht der Behandlung der Arbeiter und der Kriegsbeschädigten durch die Metallindustriellen und ihrer auf Streikbedrohung angelegten Maßnahmen ja noch über den Ausfall der Abstimmung im Zweifel gewesen wäre, beim Lesen ihres öffentlichen Anschlages wäre er verschwindend. Solche Anschreiben können nur Leute an organisierter Arbeiter richten, die — oder von deren Sozialbeschaffenheit und Selbstverständigungsbermögen eine Ahnung haben, noch die Wertstoffe kennen, auf die das Diktat liebende Unternehmertum im produktiven Bewusstsein gestützt ist.

Welche Ziele diese Wertstoffe haben muß, läßt sich neben vielem andern an folgender Rahmenarbeit erkennen: Die Württembergische Metallwarenfabrik in Geislingen, die ihre Leute gleichfalls auf die Straße geworfen hat, beruft sich nun an so Finanzgelehrtere folgenden Schreibebrief:

Die Firma sei gewillt, da der Reversal nicht selbst gefordert habe, diesem seinen Lohn bis zum 7. April einschließlich zu bezahlen, wenn er den nachstehenden Revers unterschrieben zurücksendet.

## Die Eigenschaften der Metalle

Von L. J. Solji, Berlin-Gröden (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung)

### 2. Die technischen Eigenschaften der Metalle.

Für die allgemeine Technik kommen vornehmlich die Eigenschaften des Rohmaterials vor allem diejenigen Eigenschaften der Metalle in Betracht, die für die Art ihrer Verarbeitung und technischen Verwendung von Bedeutung sind. Das sind vor allem die Eigenschaften der Schmelz-, Zieh-, Schmied-, Form-, Festigkeits- und Dehnbarkeit, alles Eigenschaften, die ihrer Wichtigkeit wegen für alle technischen Zwecke durchgehende und sehr genaue Untersuchungen mit großer Genauigkeit beizubringen sind. Nach der des Schmelzgebietes der Erzeugnisse sind diese Eigenschaften der Metalle von großer Wichtigkeit, da in den unterschiedlichsten Verhältnissen die Metalle für den Schmied-, Zieh- und Zugsarbeiten, für die Schweißarbeiten, Spinnarbeiten usw. hauptsächlichen Arbeitssphären auszuweisen und ebenso auch zu denselben allgemeinen technischen Zwecken verwendet werden wie nur auf irgend einem anderen Gebiet der Technik.

Zunächst ist die Schmelz- oder das spezifische Gewicht des Rohmaterials als für alle technischen Zwecke zu berücksichtigen. Die Wichtigkeit dieser Eigenschaft der Metalle für die Verarbeitung ist mit uns bekannt auf elektrolytischen Gebiet eingegangen. Zunächst ist bei den Aluminiumen, die auf der Verwendung von Aluminium beruhen und nach dem verhältnismäßig hohen Gewicht dieses Metalles selbst sehr schwere Apparate sind, was für die Verwendung derselben in vielen Fällen des elektrischen Betriebes hindert ist und dieses oftmals unmöglich macht. Die außerordentliche Schmelz- oder die spezifische Schmelzwärme des Rohmaterials, die für die elektrolytische Reduktion als erheblich weniger wünschenswert und schwierig zu erreichen ist, hat dem Aluminium, da es ein verhältnismäßig sehr hohes

Teil der in den Aluminiumatomen mitgeführten Energie für den Transport der Aluminiumatome selbst auszuweisen muß, so daß das Verhältnis zwischen Gewicht und Energielieferung der Aluminiumatome ein zu ungünstiges wird. Demgegenüber kann das Benzolnatrium in dem flüssigen Benzol ein viel größeres Quantum Energie mit sich führen als das Aluminium in seiner Aluminiumatomen. Auch der Dampfdruck vermindert Aluminiumatome in dem Gewicht des Bleis. Die nachlässigen Bemerkungen nach Erfindung eines leichteren Aluminiums, die schon seit vielen Jahren fortgesetzt werden, ohne bisher zu einem durchgreifenden Erfolg geführt zu haben, bewegen sich sämtlich in der Richtung, das Blei durch einen Stoff von gleicher Dichte zu ersetzen, aber von geringerer spezifischer Schmelzwärme zu ersetzen.

Nach für die Frage der Verwendbarkeit der elektrischen Anlagen ist das spezifische Gewicht des hierfür verwandten Metalles von großer Bedeutung. Die in den letzten Jahren so oft unzulässigermaßen Versuche, statt Zinn und Kupfer aus Aluminium zu verwenden, gingen in erster Linie von Erwägungen des niedrigen spezifischen Gewichtes des Aluminiums aus. Denn bei annähernd gleichem Preis der Metalle (wie es wenigstens vor dem Kriege der Fall war) muß sich eine Aluminiumleitung wesentlich niedriger im Preise stellen als eine Kupferleitung von gleicher Drahtstärke, weil infolge des niedrigeren spezifischen Gewichtes des Aluminiums die Leitung viel weniger Metall beanspruchen würde. Andererseits aber ist Kupfer ein viel besserer Leiter des elektrischen Stromes als Aluminium. Eine Aluminiumleitung kann daher nur bedeutend weniger Strom leiten als eine Kupferleitung von gleicher Drahtstärke. Weil die Aluminiumleitung daher einen Strom von gleicher Stärke wie die Kupferleitung leitet, so muß der Aluminiumdraht einen seiner geringeren Leitfähigkeit entsprechenden erheblich größeren Energiemittel enthalten, wodurch der Vorteil des niedrigeren spezifischen Gewichtes zum großen Teil wieder aufgehoben wird. Dennoch ist man bestrebt, aus dem niedrigen spezifischen Gewicht des Aluminiums für elektrolytische Zwecke, jedoch aber für Reibungsstücke Vorteil zu ziehen und das Verhältnis zwischen Drahtstärke und Stromstärke so zu gestalten, daß

ein Nutzen gegenüber der Kupferleitung herauskommt. Diese Bemerkungen dürften in absehbarer Zeit auch zu einem Erfolge führen. Der Krieg, der die Knappheit an Kupfer so sehr gesteigert hat, hat sehr anregend auf die Fortsetzung dieser Versuche eingewirkt, von denen jetzt ein nicht unwesentlicher Vorteil zu erwarten ist. Die Kriegsverhältnisse haben bekanntlich auch dazu geführt, Eisen draht für Leistungszwecke verhältnismäßig zu verwenden, bei dem das Verhältnis zwischen Drahtstärke und Stromstärke jedoch ein noch ungünstigeres wie beim Aluminium ist. Jedenfalls lassen diese Bemerkungen erkennen, welche Bedeutung dem Faktor des spezifischen Gewichtes der Metalle auch für die Werkzeutechnik zukommt.

Das spezifische Gewicht der Metalle ist ein sehr verschiedenes. Es gibt Metalle, die nach leichter sind als Wasser und in Wasser versinken, auf diesem schwimmen, beispielsweise das Silberweiß und viel viel mehr, dagegen sehr wenig für technische Zwecke verwandte Metall Lithium, das nur ein spezifisches Gewicht von 0,59 hat, also nur etwas mehr als halb so schwer wie Wasser ist, ebenso auch das Kalium mit einem spezifischen Gewicht von 0,86 und das Natrium mit einem solchen von 0,97. Alle anderen Metalle sind schwerer als Wasser und sinken, in solches gelegt, sofort unter. Die schwersten Metalle, wie Gold, Platin und Osmium, sind ungefähr 20mal so schwer wie Wasser. Nach ihrem spezifischen Gewicht trennt man die Metalle in Leichtmetalle, die ein spezifisches Gewicht von weniger als 5 haben, darunter beispielsweise das noch verhältnismäßig sehr leichte Aluminium, und in Schwermetalle mit einem spezifischen Gewicht von mehr als 5. Wichtig ist für die wichtigeren Metalle das spezifische Gewicht angegeben. Dieses beträgt für

Leichtmetalle:

Lithium . . . . .	0,59	Magnesium . . . . .	1,75
Kalium . . . . .	0,87	Strontium . . . . .	2,5
Natrium . . . . .	0,97	Aluminium . . . . .	2,67
Rubidium . . . . .	1,52	Barium . . . . .	4
Cäsium . . . . .	1,96	Bismut . . . . .	4,15



# Geldknappheit und Wirtschaftskrise

## Ein Ausweg nach Rußland?

Der wissenschaftliche Sprachgebrauch pflegt als Geldmarkt Angebot und die Nachfrage kurzfristigen Kapitals zu bezeichnen, wie es vornehmlich im Kontokorrent-, Wechseldiskont- und Lombardgeschäft vermittelt wird. Unter Kapitalmarkt hingegen versteht man das Angebot und die Nachfrage nach langfristigen Krediten, die meistens in „Effektenform“ (Aktien, Obligationen, Pfandbriefe) gegossen werden. Beides sind hochentwickelte Spielarten der modernen Kreditwirtschaft, ohne die unser kapitalistisches Getriebe überhaupt nicht mehr zu denken ist. In beiden Fällen werden für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr die nötigen Kapitalien unter Vermittlung des Bankentums zur Verfügung gestellt. In der Tagespresse pflegt man dieses Hin und Her zwischen Angebot und Nachfrage von kurzfristigem und langfristigem Kapital kurzweilig als Geldmarkt zu bezeichnen. Wir wollen uns im folgenden diesem Brauch anschließen, denken uns also unter Geldmarkt eine Art Kapitalreservoir, eine Talperrre meinerseits, von der aus die Beiderläufe der Industrie bewässert werden, wobei die Banken die Rolle von Schöpfen und Pumpstationen übernehmen.

Dem Leser wird es ohne weiteres klar sein, wie wichtig die Beobachtung der Wasserstandsverhältnisse dieser Talperrre zur Beurteilung der Konjunkturalentwicklung ist, mit anderen Worten: festzustellen ob der Geldmarkt flüssig, also reichlich Kapital für das Unternehmertum vorhanden, oder ob das Geld knapp und teuer ist. In Deutschland hat die stetig steigende Aufblähung des Geldmarktes durch Banknoten und Darlehenskaufschneide seit einigen Jahren einen unerhörten Kapitalzufluß geschaffen. Geld war, trotz steigender Preise und sonstiger Schwierigkeiten, über die als Begleiterscheinung der Inflation hier nicht gesprochen werden kann, immer zu haben. Der deutsche Produktionsorganismus konnte durch umfassende Neuanlagen, Zusammenkünfte (Interessengemeinschaften, Fusionen) unter Zuhilfenahme gewaltiger Kapitalerhöhungen mit der Wiedereroberung der durch Krieg und Friedensvertrag verlorenen Stellung beginnen.

Die geradezu unheimliche Flüssigkeit des deutschen Geldmarktes hat bisher den Kapitalbedarf der deutschen Volkswirtschaft befriedigen können. Seit zwei Monaten aber machen sich wachsende Beklemmungserscheinungen bemerkbar. Die Banken legen größeres Gewicht auf regelmäßige Einlagen ihrer Depositenkunden, abseits sind sie in der Begebung von Krediten vorsichtiger und wählerischer geworden, ein Vorgang, der gelegentlich in der Fachpresse sogar mit dem Ausdruck „Kreditrationierung“ belegt worden ist. Auch sonst ist steigende Kreditumluft unter den Leihkapitalisten zu beobachten. Der Volkswirtschaft hat nunmehr zwei Fragen zu beantworten: 1. welches sind die Triebkräfte dieser Entwicklung, 2. wie ist sie für die kommende Konjunkturalgestaltung zu bewerten?

Die erste Antwort ist nicht mit wenigen Worten zu geben. Als den kompliziertesten Wechselwirkungen, die zur gegenwärtigen Kreditbeschränkung führen, scheinen sich zwei Hauptlinien herauszuheben. Seit kurzem steht unsere Staatsfinanzwirtschaft unter einer Deflationstendenz, d. h. man bekundet den festen Willen, die Inflation abzustopfen, um auf diese Art die schwebenden Schulden zu vermindern, den Staatshaushalt also zu entlasten und die innere Kaufkraft der Mark zu steigern. Diese gewalttätige, an sich durchaus notwendige Zusammenfassung unseres Geldmarktes wird bekanntlich auch von den Alliierten gefordert (Autonomie der Reichsbank!), die übrigens in ihren eigenen Ländern solche Maßnahmen durchzuführen, Beispielsweise haben die Vereinigten Staaten im Jahre 1921 etwa 1 Milliarde Dollar, umlaufende Kaufkraft also, dem Verkehr entzogen, eine Maßnahme, wie gesagt, an sich richtige Maßnahme, die aber unter den jetzigen Krisenumständen der Weltwirtschaft die Lage der Union erschwert hat. Deutschland hat diese Bahn geschritten durch Abbau der Lebensmittelaufschüsse und sonstiger mit Hilfe der Notenpresse zwangsmäßig durchgeführter Vermögensmaßnahmen.

Mit dieser Tatsache nun hängt ein weiterer, versteifender, starker Prozeß zusammen: die Preisexplosion der letzten Wochen und Monate. Jeder weiß, daß sinkender Marktwert sich steigenden Preisen zu dokumentieren pflegt. Das ist gewiß auch jetzt so, aber daneben muß die fortschreitende innere Entwertung der Mark ins Auge gefaßt werden. Das Aufgeben der Volkswirtschaft und der schon genannten Staatszuschüsse bringt die Annäherung an die sogenannten Weltmarktpreise (etwa der Preis des Londoner Marktes) mit sich, damit auch ein gewaltiges Emporschnellen des inländischen Preisniveaus, dem gegenüber die Mark mehr und mehr an Kaufkraft verliert. Hochbetrieb der Tarifmaschine ist die gewerkschaftliche Folge dieser Entwicklung, für den Unternehmer aber bringt sie eine gewaltige Steigerung des Kapitalbedarfes für Rohstoffe, Maschinen, Löhne usw. Es ist sich, die er auf dem Geldmarkt zu befriedigen sucht. Diese Manipulationsmaßnahme ist nun trotz der neuen letzten Inflation so gewaltig, daß der bisher flüssige Geldmarkt zusammenschrumpft.

Darüber hinaus werden alle Kreise von dieser Stockung betroffen. Eine allgemeine Unsicherheit liegt in der Luft, die Ängstlichkeit des Kapitalismus murmeln düstere Prophezeiungen vom kommenden Umschwung, kurz: man wird mißtrauisch und hält sich zurück. Es ist in diesen Tagen der Messerschmittkonjunktur (Leipzig und Frankfurt) viel besprochen worden, daß einige Firmen Anzahlungen für Bestellungen verlangt haben, um die zur Fabrikation nötigen Rohstoffe besorgen zu können. Interessant war es auch, daß bei der letzten Marktblaise die Aktienkurve nicht entsprechend in die Höhe schossen, wie es im November 1921 gewesen war, bis dann plötzlich am „schwarzen Donnerstag“ das ganze Gebäude zusammenbrach. Warum blieb diesmal die Aktienhaufe aus? Weil nicht mehr das nötige Geld zur Spekulation da war. Hierher gehört auch die Klage, die jetzt der Reichsvorband der Industrie für den 140 Millionen Guldenkredit in Holland macht. Dieser Kredit dient zum Ankauf von Rohstoffen zur industriellen Verarbeitung und wird von einer besonderen Treuhändergesellschaft verwaltet. Er ist bisher nur etwa zu 25 v. H. in Anspruch genommen worden. Man empfiehlt ihn heute, weil man davon eine gewisse Erleichterung des deutschen Geldmarktes und eine Sicherstellung regelmäßiger Rohstoffeinkäufe erwartet.

Und nun zur zweiten Frage. Was bedeutet diese Versteifung für die kommende Konjunkturalentwicklung? Es gibt Leute, die diese Beklemmungen des Geldmarktes als Vorzeichen einer großen innerdeutschen Krise ansehen. Gewiß, die große Krise wird auch für uns einmal kommen, aber in kurzer Zeit nur dann, wenn die europäischen Wirtschaftsverhandlungen in Genua zu einem Erfolg führen, d. h. wenn man die Sanierungspolitik der deutschen Regierung durch Verbesserung des Marktwortes (internationales Finanzkonjunktural, Anleihe) unterstützt. Damit ist für uns die Stunde gekommen, wo die Valutastückmauer zusammenbricht und damit die deutschen Scheinkonjunkturalen und das gefährdete deutsche Valutabumping aufhören. Unsere Waren werden dann in geringerem Grade konkurrenzfähig sein, wobei die Wirkung der ausländischen Schutzzölle nicht vergessen werden darf. Eine Gesundheitskrise also, vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaft aus gesehen, eine Krise aber, die zu schweren Auseinandersetzungen auf dem Arbeitsmarkt führen wird!

Über ihre Entwicklung und Dauer zu prophezeien, ist müßig. Dafür aber muß Sorge getragen werden, daß Deutschland für die Zeit, wo ihm die westeuropäischen und überseeischen Märkte verschlossen sind, Absatzgebiete nach Osten behält: Polen, die nördlichen Randstaaten und vor allen Dingen Rußland. Und darin liegt die gewaltige wirtschaftliche Bedeutung des von Genua aus verkündeten deutsch-russischen Abkommens und indirekt auch der russisch-baltischen Abmachungen in Riga, daß hier ein Weg angebahnt, ein Ventil geöffnet wird. Wie ernähren wir unsere Arbeiter während der Krise und wie helfen wir dem russischen Aufbau? Das ist jetzt die große Frage, und ich glaube, daß Russen und Deutsche ihrer Lösung in Genua einen Schritt näher gekommen sind. Dr. Hans Stein.

## Für die gleitende Lohnskala

Das Korrespondenzblatt des A. D. G. B. polemisiert in seiner Nr. 11 lebhaft gegen die „Anpassung der Löhne und Gehälter an die Lebenshaltungskosten“ mit der Begründung, daß solche Lohnpolitik zum Untergang der Gewerkschaften führe. Der entscheidende Absatz dieses Artikels lautet:

„Die Lohnregelung ist kein neutrales Gebiet, von dem sich die Gewerkschaften ausziehen könnten, ohne sich selbst als erledigt zu erklären. In der Lohnregelung verhandeln Kapital und Arbeit über den Anteil des Arbeiters am Arbeitsertrag. Die Entscheidung hängt nicht lediglich vom wirtschaftlichen Können und sozialem Müssen, von der Einsicht und dem guten Willen der Verhandelparteien ab, sondern von dem Einfluß der Arbeiter als Wirtschaftsfaktor, von ihrer Organisationskraft.“

Hier wird wieder einmal, wie so oft, das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Vor allem sei festgestellt, daß wohl die meisten Befürworter der gleitenden Löhne sich darin einig sind, daß ohne vorherige genaue Festsetzung des unbeweglichen Lohnes keiner für die Einführung der gleitenden Löhne sein würde. In der Tat besteht ja auch in England die Einrichtung des Minimalansatzes, der dem doppelten Vorkriegsstand entspricht und der, tariflich festgelegt, von der gleitenden Skala nicht berührt wird, sondern nur der darüber hinaus gewährte Lohnanteil.

Wenn wir in Deutschland zur Einführung dieses Lohnsystems kommen wollen, dann müssen die nachstehenden Voraussetzungen beachtet werden, sonst wird wohl kein Gewerkschaftsmann dazu seine Zustimmung geben.

Die erste Voraussetzung ist die tarifliche Festsetzung eines festbleibenden Lohnanteiles, der von den Schwankungen des Lebensmittelmarktes unberührt bleibt. Die Höhe desselben muß natürlich dem begrißsmesse — nicht zentral für das ganze Reich — errechneten Existenzminimum entsprechen, das allerdings nicht nach englischer Muster nur den doppelten Vorkriegsstand betragen dürfte, sondern weit höher sein müßte. Bei dieser Festsetzung muß noch genügend Organisationskraft aufgewendet

werden, so daß wirklich keine Gefahr für das Überflüssigwerden der Gewerkschaften besteht.

Dat man nicht bei Einführung der Kollektivverträge dieselben Einwendungen gehört, die im Laufe der Zeit aber glänzend durch die Tatsache widerlegt wurden, daß die Übertragung des Kampfes der einzelnen Arbeiter gegen die einzelnen Unternehmer auf die beiderseitigen Organisationen die Kräfte selbst nicht abgeschwächt, sondern eher noch verstärkt haben? Doch das nur nebenbei.

Die Höhe des beweglichen Lohnanteiles, also desjenigen Lohnes, der den Preisschwankungen und dem Ab- und Aufbau unterliegt, wird natürlich ebenfalls von den Vertragsparteien für die Zeit festgestellt werden müssen, wo die gleitende Skala beginnen soll. Dabei wird es genau so wie bei der Festsetzung des festbleibenden Lohnes oft hart auf hart gehen.

Die zweite Voraussetzung für die Einführung der gleitenden Lohnskala ist die Bestimmung des Zeitpunktes, wann der Ab- oder Aufbau des Lohnes eintritt. Denn dieser dürfte nicht sofort automatisch nach jeder Senkung oder Steigerung der Lebensmittelpreise erfolgen, sondern erst nachdem die für den betreffenden Bezirk errechnete Indeziffer um einen bestimmten Satz gefallen ist, wobei man vorsichtshalber noch einen Zeitpunkt festlegen kann, um zu vermeiden, daß, wenn zum Beispiel gleich nach einem Abbau die Preise wieder steigen, somit auch sofort wieder ein Aufbau des Lohnes stattfinden muß. Dies würde in der Praxis untragbar sein.

Werden diese vorgenannten Bedingungen erfüllt, dann kann auch der ernsteste Gewerkschaftsmann der gleitenden Skala zustimmen; er wird es um so lieber tun, als er dann — endlich — auch mal Zeit findet, um an die anderen, nicht minder wichtigen Aufgaben der Gewerkschaft zu denken. Man sage nicht, daß es Bequemlichkeitsgründe seien, die die Befürworter einer anderen Lohnpolitik leiten. Nein, beileibe nicht. Lediglich die erste Sorge darüber erfüllt uns, daß die Fragen der Sozialgesetzgebung, Kranken-, Unfall- und Invalidenfällen, Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswesen und -Wahlen, das Schlichtungswesen, Schulung der Funktionäre nicht vollkommen vernachlässigt werden müssen und die Gewerkschaften gar nichts weiter als nur noch eine große Lohnbewegungsmaschine wären. Man konnte sich ja in den letzten drei Jahren keiner dieser wichtigen Aufgaben — man denke nur an die Schulung der Hunderttausende neuer Mitglieder — mehr widmen. Die Ergebnisse der Wahlen zu den verschiedenen Körperschaften boten ein erschreckendes Bild der Vernachlässigung. Und wenn in Cleveland, wie das Korrespondenzblatt bemerkt, der Verein der Bergarbeiter durch die gleitende Skala die Hälfte seiner Mitglieder verlor, dann war es vielleicht auch nur darauf zurückzuführen, daß man keine Zeit gefunden hatte, seine Mitglieder zu bilden und zu überzeugten Gewerkschaften zu erziehen. (Von dem vom Korrespondenzblatt angeführten Fall in Cleveland hat eine aufmerksame Durchsicht des Mine Workers Journal, dem Blatt der amerikanischen Bergleute, keinerlei Hinweis zutage gebracht. Schriftleitung.) Ganz zu schweigen von der Riesenaufgabe der Betriebsräte, die in jeder Gewerkschaft wohl den größten Teil der materiellen und geistigen Kräfte erfordern. Alles in allem: Werden die hier niedergelegten Punkte erfüllt, dann herbei mit der gleitenden Lohnskala. L. Segler.

## Zuständigkeit des Demobilisationskommissars bei Tarifstreitigkeiten

Am 30. September 1921 (III. 28/21) hat das Reichsgericht durch grundsätzliche Entscheidung ausgesprochen, daß der von der zuständigen Stelle für allgemein verbindlich erklärte Tarifvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer des betreffenden Gewerbes auch für alle Außenstreiter verbindlich wirkt. In einer neuen grundsätzlichen Entscheidung vom 7. März 1922 erklärt der höchste Gerichtshof den Demobilisationskommissar gemäß § 28 der Einleitungsverordnung vom 12. Februar 1920 für befugt, Schiedssprüche in Tarifstreitigkeiten für verbindlich zu erklären. Der Entscheidung liegt folgender Lohnstreit zugrunde:

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands beantragte im Anfang des Jahres 1921 bei der Vereinigung der Hartsteinindustriellen der Oberlausitz in Dresden eine Erhöhung der damals 350 Prozent betragenden Teuerungszulagen auf die Grundpreise der bestehenden Tarife um weitere 100 Prozent und warbte sich mangels einer Einigung an den zuständigen Schlichtungsausschuß in Wauchen. Dieser sagte die Erhöhung mit Wirkung vom März 1921 zu. Der Verband nahm den Schiedsspruch an, nicht aber der Verein der Hartsteinindustriellen, der vielmehr neue Verhandlungen anregte. Da die Verhandlung vor dem Demobilisationskommissar für die Kreis-Hauptmannschaft Wauchen zu keiner Einigung führte, erklärte der Demobilisationskommissar durch Bescheid vom 19. März 1921 den Schiedsspruch vom 3. März 1921 für verbindlich. Hierauf hat der Verein der Hartsteinindustriellen Klage gegen den Verband erhoben. Er begehrt richterliche Feststellung des Inhalts, daß die Mitglieder des Verbandes nicht berechtigt seien, aus dem Schiedsspruch Rechte herzuleiten, und daß die Verbindlichkeitsklärung durch den Demobilisationskommissar unzulässig sei. Außerdem hat der Kläger noch geltend gemacht, der Schlichtungsausschuß sei nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend zusammengesetzt gewesen.

Das Landgericht Wauchen und das Oberlandesgericht Dresden haben der Klage in diesem Umfange stattgegeben. Beide Gerichte erachten die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs durch den Demobilisationskommissar nicht für zulässig. Im Gegensatz hierzu hat das Reichsgericht unter Aufhebung des oberlandesgerichtlichen Urteils ausgeführt, daß der Demobilisationskommissar auf Grund des § 28 der Einleitungsverordnung berechtigt ist, Schiedssprüche auch in Gesamtarbeitsverträgen über Löhne, Gehälter oder sonstige Arbeitsbedingungen für verbindlich zu erklären. Das Reichsgericht begründet die Entscheidung in einem 16-seitigen Urteil und führt zum Schluß unter anderem aus, daß auch der Einwand des Eingriffs in den Fundamentalgrundsatz des § 105 der Reichsgewerbeordnung nicht stichhaltig sei. Maßgebend sei hier der festgestellte Wille des Gesetzgebers, der auch einen sofort geltenden Eingriff gewollt hat in der Absicht, allgemeine Streitigkeiten über Löhne und Arbeitsverhältnisse im Interesse eines ruhigen Fortgangs des Wirtschaftslebens so rasch wie möglich zu beenden und bis zum Eintritt wirtschaftlich beruhigter Zeiten den Arbeitsmarkt zu beleben. Die Sache mußte zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen werden, weil noch wegen der Behauptung der unvorschriftsmäßigen Besetzung des Schlichtungsausschusses Feststellungen zu treffen sind. (Mitteltage: VII. 748/21. — 7. 3. 22.) R. W., D.

## Kulilöhne in Deutschland

Unter dieser Überschrift lesen wir in dem amerikanischen Arbeiterblatt St. Louis Labor: Nach einer Berliner Meldung verdienen deutsche Arbeiter, selbst die besser bezahlten, weniger als die Kuli in Siam, die bislang als die schlechtest bezahlten Arbeiter der Welt angesehen wurden. Nach den Angaben der Weltwirtschaftlichen Nachrichten ist der durchschnittliche Tagelohn eines Metallarbeiters, die noch verhältnismäßig gut entlohnt sind, etwa 100 M. Der siamesische Kuli erhält täglich 1 Tikel = 50 amerikanischen Centes oder 140 M. nach dem gegenwärtigen Stand des Wechselkurses. Während besser speichern die deutschen Kapitalisten Vermögen auf Vermögen und erfinden im Luxus.

## Büchermarkt

„Die Wirtschaftskurve mit Indezahlen der Frankfurter Zeitung.“ Preis 15 M. einchl. Sortimentzuschlag. Verlag der Frankfurter Societätsdruckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M. — Das erste Heft dieser neuen Vierteljahrsschrift bietet ein außerordentlich reiches und wertvolles Material zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland unter Heranziehung internationaler Vergleiche.

Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft. Von Otto Schenker. Entstehung, Arten, Aufgaben und Arbeitsweise, Stand und Ausbaumöglichkeiten. Veröffentlichungen der schiffischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, Heft XV, 210 Seiten. Preis 25 M. Verlag Zahn & Saensch, Dresden. — Im Hinblick auf das enorme Wachstum der Genossenschaftsbewegung auf allen Gebieten — es bestehen zurzeit in Deutschland etwa 44 000 Genossenschaften und im letzten Jahre sind allein über 3000 Gründungen landwirtschaftlicher Art erfolgt — dürfte diese jüngste Veröffentlichung Interesse finden. Es sind hier ausführlich die einzelnen Arten der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften sowie die infolge der vielen Neugründungen auf diesen Gebieten auch besonders interessierenden Arbeits- oder Produktivgenossenschaften besprochen sowie die Konjunktur- und Bau- oder Wohnungsgenossenschaften. Besonders ist Wert gelegt auch auf die Erörterung der Erfahrungen und der Möglichkeiten des weiteren Ausbaues der verschiedenen genossenschaftlichen Institutionen.

Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn (Lohnsteuer). Nach den neuesten gesetzlichen Vorschriften dargestellt und erläutert von Wilhelm Reil. Abte, auf der Grundlage des Gesetzes vom 20. Dezember 1921 umgearbeitete Auflage. Preis 4,50 M. Verlag der Schwäbischen Tagewacht, G. m. b. H., Stuttgart.

Schwermetalle	
Vanadin	5,5
Wismut	9,9
Antimon	5,7
Silber	6,72
Erz	6,78
Chrom	6,74
Stahl	7,18
Mangan	7,28
Zinn	7,29
Stahlfabrik	7,2
Stahl	7,7
Schmelzereien	7,8
Reines Eisen	7,9
Molybdän	8,82
Robalt	8,88
Rubidium	8,7
Nickel	8,9
Kupfer	9,9
Bismut	9,9
Silber	10,6
Zinn	10,8
Platin	11
Blei	11,4
Gold	11,4
Platin	11,9
Ruthenium	12,2
Quecksilber	18,6
Wolfram	18
Uran	18,7
Gold	19,4
Iridium	21,2
Platin	21,5
Osmium	22,5

Der Late pflegt immer Wei für das schwerste Metall zu halten; die obige Skala zeigt, wie irrig diese Ansicht ist. Schon das flüssige Quecksilber ist erheblich schwerer wie Blei, während die Metalle Gold, Platin und Osmium nahezu doppelt so schwer wie dieses sind. Durch Zinn und Sauerstoff wird das spezifische Gewicht zumeist etwas erhöht, weil die Metalle bei diesen Verfahren gleichsam etwas verdichtet werden, also weniger Raum einnehmen wie das unbeeinträchtigte Metall, was dasselbe ist, in einem bestimmten Raum ein höheres Gewicht vereinigen als ein gleich großer Raum des unbeeinträchtigten Metalls. Im gegossenen Zustande hingegen ist das Metall zumeist etwas leichter wie in geschmolzenem Zustande. Im flüssigen Zustande nimmt das Metall mehr Raum ein, ist schwerer als in festem Zustande, zieht sich aber beim Erstarren wieder etwas zusammen, es schrumpft, wie der Sauerstoffdruck lautet, weswegen in der Metallergerei das Gußmodell und ebenso auch die Gußform immer etwas über genommen werden muß, als das fertige Gußstück sein soll. (Fortsetzung folgt.)



Arbeiter als Laienrichter

Durch eine im vergangenen Jahre erlassene Regierungsvorstellung sollen auch Arbeiter in größerer Zahl als Schöffen und Geschworene herangezogen werden.

So erfreulich nun eine stärkere Vertretung aus Arbeiterkreisen als Laienrichter bei den Schöffen- und Geschworenengerichten ist, so bedauerlich ist die Tatsache, daß, sofern der Betreffende nicht irgendwie als Angestellter (Gewerkschaft, Genossenschaft usw.) in Frage kommt, es ihm unmöglich ist, als Geschworener mitzuwirken.

Dieser Zustand bedarf dringend einer Abänderung. Die Frage müßte in dem Sinne gelöst werden, daß das Gesetz vom 14. Januar 1922 zur Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes auch für Schöffen und Geschworene Anwendung fände.

Schafft Herbergen!

Auf den in Nr. 7/8 stehenden Aufsatz: „Eines Handwerksburschen Klage“ gehen uns weitere Klagen zu, wovon wir wenigstens noch eine hier bringen wollen:

Kollege Reimers, der in der Nr. 7/8 der Metallarbeiter-Zeitung seiner Enttäuschung über schlechte Herbergsverhältnisse in Mülheim a. d. Ruhr Ausdruck verlieh, scheint noch jung auf der Landstraße zu sein, denn sonst müßte er wissen, daß der Handwerksbursche in den Augen der Behörden als Faulenzer und Vagabund gilt.

Kollege Reimers hat Glück gehabt, daß er nur ins Asyl geriet, statt die „christliche“ Herberge zur Heimat aufzusuchen. Denn dort wäre er buchstäblich von Hunden aufgegriffen worden.

Wünscht der Gewerkschafter wäre es, der langsam aber sicher eintretenden Verminderung der Herbergen entgegenzuwirken und ein neu zu schaffendes Netz von Unternehmungsköglichkeiten für den wandernden Metallarbeiter zu organisieren.

Theodor Schwarz †

Einer von der alten Garde ist dahingegangen. Theodor Schwarz wurde am 14. April 1841 in Lübeck geboren. Nach dem Besuch der Armenerschule in Lübeck erlernte er das Formschneidwerk.

Johann Schneider †

Es ist vor wenigen Wochen habe der Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen infolge des Hinscheidens seines zweiten Vorsitzenden, Genossen Belz, einen kühnen Versuch, und jetzt kommt schon wieder ein Trauerkündigung.

Er hat schon seit Jahren an einem chronischen Augenleiden, das ihn nun auch vor vier Wochen zum letztmaligen Arztbesuch zwang. Seine letzten Stunden.

Großer Wind und starker Regen
Es war oftmals entgegen,
Ich darf mich, laß es vorher gehn —
Das Wetter will sein Fortgang ha.

Folge nicht der gedanklosen Menge, wenn du Führer sein willst.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 30. April ist der 18. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. April bis 6. Mai 1922 fällig.

Zur Finanzierung der gegenwärtig geführten großen Streiks und Aussperrungen in Ostpreußen und Süddeutschland werden von den in Arbeit stehenden Mitgliedern vom 9. April (15. Beitragswoche) ab bis auf weiteres Extrabeiträge für die Hauptkassette in der Höhe des geltenden Wochenbeitrags erhoben, so daß doppelte Wochenbeiträge zum Einzug kommen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbands-Ratults folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with columns: Verwaltung, Für die Mitglieder der Beitragsklasse I, II, III wöchentlich Wenig, Beginn der Beitragsershebung. Lists various regions like Altena, Amberg, Barmen-Elberfeld, etc.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung parlamentarischer Rechte zur Folge.

Anforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungskasse Berlin: Der Schlosser Max Czner, geb. am 17. September 1896 zu Petersburg, Mitgliedsbuch Nr. 4,624,860, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungskasse Dortmund: Der Schlosser Otto Blombach, geb. am 8. März 1894 zu Warmen, Mitgliedsbuch Nr. 2,011,672, wegen Nichtabliefern eines Buches der Bibliothek.

Auf Antrag der Verwaltungskasse Hagen i. W.: Der Metallarbeiter Franz Schindowski, geb. am 30. Dez. 1873 zu Hesse, Mitgliedsbuch Nr. 4,250,6, wegen Nichtabliefern von Büchern aus der Bibliothek.

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Hachen (Warmen): Der Bergmann Christian Leifen, geb. am 4. August 1890 zu ?, Mitgliedsbuch Nr. 2,919,904, wegen verbandsschädigendem Verhalten.

Auf Antrag eines Schlichtergerichts in Diefelsh.: Der Metallarbeiter Heinrich Beckmann, geb. am 4. Oktober 1866 zu Diefelsh., Mitgliedsbuch Nr. 4,576,091, wegen unvollständigen Verhaltens.

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Saarbrücken: Der Schmied Karl Fries, geb. am 6. Juni 1883 zu Saarbrücken, Mitgliedsbuch Nr. 3,181,476; der Dreher Paul Probst, geb. am 4. September 1885 zu Saarbrücken, Mitgliedsbuch Nr. 3,913,244; der Schlosser Max Bais, geb. am 20. Februar 1869 zu Schwering, Mitgliedsbuch Nr. 3,991,772, alle drei wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Angeschlossen werden nach § 23 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungskasse Köthen: Der ? Bruno Krieger (Krieger), geb. am 2. August 1897 zu Zornitzsch, Mitgliedsbuch Nr. 4,522,048, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungskasse Münster i. W.: Der Dreher Gustav Defer, geb. am 18. März 1898 zu Düsseldorf, Mitgliedsbuch Nr. 4,500,089, wegen Unterschlagung von Zeugnismarke.

Angeschlossen werden nach § 23 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungskasse Berlin: Der ? Bruno Krieger (Krieger), geb. am 2. August 1897 zu Zornitzsch, Mitgliedsbuch Nr. 4,522,048, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungskasse Münster i. W.: Der Dreher Gustav Defer, geb. am 18. März 1898 zu Düsseldorf, Mitgliedsbuch Nr. 4,500,089, wegen Unterschlagung von Zeugnismarke.

Angeschlossen werden nach § 23 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungskasse Berlin: Der ? Bruno Krieger (Krieger), geb. am 2. August 1897 zu Zornitzsch, Mitgliedsbuch Nr. 4,522,048, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungskasse Münster i. W.: Der Dreher Gustav Defer, geb. am 18. März 1898 zu Düsseldorf, Mitgliedsbuch Nr. 4,500,089, wegen Unterschlagung von Zeugnismarke.

Angeschlossen werden nach § 23 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungskasse Berlin: Der ? Bruno Krieger (Krieger), geb. am 2. August 1897 zu Zornitzsch, Mitgliedsbuch Nr. 4,522,048, wegen Diebstahl.

Zur Beachtung! • Zutug ist fenzubalt

von Feilenhanern nach München S.; von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet Schwed. L.; von Heizungsmonteurern nach Lüdenscheid S.; von Klempnern nach Schwerin St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen S.; Finnland: nach Heiligenstadt (Sandw. Maschinenfabr. Kühne, Wöhrl) St.; nach Hoppede, Kreis Drilon i. W. (Sprengstoff, Grubenlampen- und Akkumulatorenfabrik) St.; nach Königsherg i. Pr. St.; nach Luzemburg nach Marburg a. L. (Fa. Robe) St.; nach Ostpreußen Orte des Bez. Königsberg St.; nach Siedingen a. (Stenda-Werke G. m. b. H.) S.; von Walzwerkarbeitern nach Rombach i. Loth. St. L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in S. St. = Streik; W. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. a. G., Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassette im Monat März 1922.

Table showing income and expenses for the main fund in March 1922. Includes sub-sections for income and expenses.

Sterbekasse für Mitglieder der „Allgemeinen Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter“ (V. a. G., Hamburg) und deren Frauen

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassette im 1. Quartal 1922

Table showing income and expenses for the death fund in the first quarter of 1922. Includes sub-sections for income and expenses.

Verbands-Anzeigen

Ungehefte gesucht. Eberswalde. Wir beabsichtigen, zum 1. Juni d. J. für unsere Verwaltungsstelle einen weiteren Kollegen anzustellen. Bewerber muß guter Angewandter, redegewandter sein und reichliche Kenntnisse und Erfahrungen in der Arbeiterbewegung besitzen, sowie in Verhandlungen mit den Unternehmern bewandert sein.

Sonstige Anzeigen

2 tüchtige Dreher für Automaten- und Revolverdrehbank, die infanterische Firma (selbst. Instruktionen über Art und Weise der Arbeit) Metallarbeiter-Zeitung zu richten. 5-6 tüchtige Former für allgemeinen Maschinenbau, sofort gesucht. Gute Bezahlung nach Tarif. Wegen Wohnungsmangel werden Unverheiratete bevorzugt.